



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 05.05.2022

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 12. Mai 2022, um 17:00 Uhr,
Gustav-Stresemann-Ring 15, Kantine (Zugang durch Haupteingang),
65189 Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Nahverkehrsplan - Sachstandsbericht
3. Förderprojekt E-Mobility-Hub - Sachstandsbericht von Dezernat V

4. 22-F-65-0006

Entlastung des Wiesbadener Verkehrs

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und FW/Pro Auto vom 04.05.2022 -

Die aktuelle Verkehrssituation in Wiesbaden ist stark verbesserungswürdig. Vor allem die Sperrung der Salzbachtalbrücke sorgt dafür, dass die Stadt mit kilometerlangen Staus zu kämpfen hat. Besonders der ohnehin schon stark frequentierte Stadtteil Biebrich leidet unter dem Verkehr, der täglich über ihn umgeleitet wird. Aufgrund der Brückenschließung ist hier kein Ende in Sicht. Autofahrer, Anwohner und Pendler leiden gleichermaßen unter Stau, Stress, dem hohen Zeitverlust und erhöhter Unfallgefahr.

Aus diesen Gründen muss die Stadt alle Maßnahmen ergreifen, um erstens zu entlasten und zweitens die Situation nicht noch weiter zu verschärfen. Aufgrund der Coronapandemie, die sich dem Ende zuneigt, wird die Situation künftig ohnehin noch angespannter werden, als ohnehin schon.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. ob derzeit der Ausbau weiterer Fahrradwege geplant ist, welcher die durch die Sperrung der Salzbachtalbrücke bedingte Verkehrssituation weiter beeinträchtigen würde, wie z. B. durch Verengung von Fahrbahnen oder Einschränkungen in Einmündungs- oder Kreuzungsbereichen, oder ob dieser zugunsten einer günstigeren Verkehrssituation vorerst zurückgestellt wird,
2. ob Digi V auf dieser Strecke bereits aktiv genutzt wird,
3. ob und wenn ja an welchen Stellen in Wiesbaden Biebrich beim Abbiegen Grünpfeile gemäß § 37 Abs. 2 Nr. 1 StVO zum Einsatz kommen können, um den Abbiegeverkehr schneller fließen zu lassen (bspw. Kasteler Str. / Biebricher Allee oder Biebricher Allee / Theodor-Heuss-Ring).

5. 22-F-63-0034

Beitritt der Stadt Wiesbaden in die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Volt und Linke vom 04.05.2022 -

Für eine erfolgreiche Mobilitätswende benötigen die Kommunen die entsprechenden Handlungsmöglichkeiten in der Umsetzung - so auch die Möglichkeit, Geschwindigkeitsregelungen flexibel und ortsbezogen anordnen zu können. Die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ ist eine deutschlandweite kommunale Aktion zur Neuregelung der Geschwindigkeitsregelung im Straßenverkehrsrecht. Sie setzt sich insbesondere dafür ein, es Städten und Gemeinden zu ermöglichen, Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit für ausgewählte Straßenzüge, aber auch im Hauptverkehrsstraßennetz oder als Regelhöchstgeschwindigkeit, anzuordnen. Die Initiative stellt somit zusätzlich eine sinnvolle rechtliche Ergänzung zum Feldversuch Tempo 40 und 30 auf Wiesbadener Straßen dar. Ein Beitritt würde für die Stadt Wiesbaden eine deutliche Erleichterung in der Umsetzung wirkungsvoller Geschwindigkeitsregelungen bedeuten, ohne jedoch etwas von der Eigenständigkeit oder Flexibilität in der Ausgestaltung einzubüßen. Die unterzeichneten Städte und Gemeinden erklären folgende vier Kernpunkte:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Insgesamt haben sich schon 134 Städte der Initiative angeschlossen (Stand 14.04.2022). Die Stadt Wiesbaden sollte, als Zeichen der gewollten Verkehrswende, der Initiative beitreten.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Wiesbaden tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ bei. Der Magistrat wird damit beauftragt, die dafür notwendigen Schritte einzuleiten.

6. 22-F-01-0001

Gemeinsam pendeln - Emissionen sparen
- Antrag der SPD Fraktion vom 04.05.2022 -

Hinweis: Antragstext wird nachgereicht.

7. 22-F-22-0010

Zustand des Wiesbadener Straßennetzes
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 04.05.2022 -

Das Wiesbadener Straßennetz befindet sich - insbesondere in den Wiesbadener Vororten - oft in einem verbesserungswürdigen Zustand. Es besteht erheblicher Handlungsbedarf, um die Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer, welche die Fahrbahnen nutzen, komfortabel und sicher zu gewährleisten. Im Rahmen der letzten Haushaltsplanberatungen (Fahrbahndeckenprogramm) wurde mit dem zuständigen Fachamt erörtert, dass es möglich ist noch weitere Sanierungen und Instandhaltungen aus planerischer Sicht vorzunehmen und somit in einem größeren Umfang Sanierungen und Instandhaltungen von Fahrbahnen in Wiesbaden zu gewährleisten als im jetzigen Umfang im Haushalt vorgesehen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. Gibt es - vergleichbar zu den Wiesbadener Brückenbauwerken - eine Qualitätsbewertung der Wiesbadener Straßen, die im Verantwortungsbereich der Landeshauptstadt Wiesbaden stehen?
2. Welche weiteren Kapazitäten (gemessen an der Zusetzung weiterer Haushaltsmittel) bei den zuständigen Ämtern bestehen, um mehr Sanierungen und Instandhaltungen der Wiesbadener Straßen zu gewährleisten?
3. Welche Maßnahmen sind von Seiten des Magistrates geplant, um mehr Sanierungen und Instandhaltungen der Wiesbadener Straßen zu gewährleisten und diese entsprechend auch zügiger abzuwickeln?

8. 22-F-63-0033

Ladeinfrastruktur für den elektrifizierten Individualverkehr in Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 04.05.2022 -

Die Verkehrswende wird deutschlandweit in vollen Zügen umgesetzt. Auch Wiesbaden befindet sich in einem aktiven Transformationsprozess und setzt in hohem Maße auf E-Mobilität. So hat die Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2019 als Maßnahme des Sofortpaketes des Luftreinhalteplans das E-Mobilitätskonzept für Wiesbaden beschlossen.

Der Modal Split in Wiesbaden ist durch einen hohen Anteil des motorisierten Individualverkehrs (MIV) gekennzeichnet. Dieser nimmt rund 48 % ein¹ und könnte sich auf das Nutzungsverhalten hinsichtlich Elektroautos auswirken. In der Presse wurde Wiesbaden jüngst als Elektroauto-Hochburg betitelt. Laut Kraftfahrtbundesamt liegt Wiesbaden mit einem Anteil von 7,3 % an Elektroautos auf Platz zwei im bundesweiten Ranking². Für das Jahr 2025 wird sogar eine Zahl von 4500 zugelassenen E-Fahrzeugen für Wiesbaden prognostiziert. Weitere fünf Jahre später, im Jahr 2030, soll die Anzahl auf über 16.400 Fahrzeuge gestiegen sein².

Diese Fahrzeuge brauchen vor allem eins. Eine funktionsfähige und flächendeckende Ladeinfrastruktur. Die aktuelle Studie der nationalen Leitstelle Ladeinfrastruktur hat im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums ermittelt, dass deutschlandweit bis 2030 an nur ca. 61 Prozent der privaten Stellplätze am Wohnort ein Ladepunkt verfügbar sein wird³. Demnach ergibt sich eine klare Lücke an Lademöglichkeiten. Diese muss laut Studie zwingend durch öffentlich zugängliche Ladepunkte abgedeckt werden. In puncto öffentliche Ladeinfrastruktur stellt Hessen im Bundesländervergleich das Schlusslicht dar. So teilen sich gemäß Bundesnetzagentur (VDA; Stand 1. Oktober 2021) in Hessen 28 E-Autos eine Ladesäule.⁴ Dieser Wert liegt deutlich über der EU-Zielgröße von einem Ladepunkt für 10 E-Autos.⁵

Im Elektromobilitätskonzept der Stadt Wiesbaden wird betont, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet und unterstützt werden müssen, dass Bürger*innen, Pendler*innen und Unternehmen ein attraktives Umfeld für Elektromobilität vorfinden. Dem Konzept nach ist die öffentliche Ladeinfrastruktur für Einwohner ohne Lademöglichkeit zu Hause und beim Arbeitgeber relevant und dient ebenso dem Gelegenheitsladen sowie zur Reichweitenerhöhung auf Reisen mit hohen Distanzen⁶.

Wiesbaden steht vor der Herausforderung, die Ladeinfrastruktur an den steigenden Anteil von elektrisch betriebenen Fahrzeugen anzupassen um deren Akzeptanz weiterhin zu steigern.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. Zu berichten, welche Anbieter in Wiesbaden öffentliche Ladepunkte anbieten. Dabei soll eine Unterscheidung nach Normal- (11 oder 22 Kilowatt) und Schnellladepunkten (min. 50 Kilowatt) unterschieden werden.
2. Zu berichten, wie viele Ladepunkte/Wallboxen für Privathaushalte in Wiesbaden seit Beschluss des E-Mobilitätskonzepts 2019 über die ESWE Versorgung gefördert wurden.
3. Zu berichten, wie viele Ladepunkte/Wallboxen für Unternehmen zum Aufladen von Firmenfahrzeugen und Privatfahrzeugen von Beschäftigten seit Beschluss des E-Mobilitätskonzepts 2019 über die KfW gefördert wurden.
4. Zu berichten, welche Maßnahmen im Rahmen des E-Mobilitätskonzepts der Stadt Wiesbaden und ggf. darüber hinaus geplant sind oder bereits durchgeführt werden, um private Ladeinfrastruktur zu fördern bzw. weiter auszubauen.
5. Zu berichten, welche Maßnahmen geplant sind oder bereits durchgeführt werden um öffentliche Ladeinfrastruktur auszubauen. In diesem Zusammenhang bitten wir darüber hinaus zu berichten:
 - 5.1 Welche genauen Standorte für neue Ladepunkte in welchem Zeitraum vorgesehen sind.
 - 5.1.2 Ob es Überlegungen oder Maßnahmen hinsichtlich einer Verkehrsflusssteuerung durch die Festlegung der Ladestandorte gibt.
 - 5.2 Welche Netzausbaumaßnahmen im Zuge der Errichtung neuer Ladepunkte geplant sind.
 - 5.3 Welche Anbieter neben ESWE Versorgung, Interesse an der Errichtung von Ladepunkten gezeigt haben und in welchem Umfang sowie ob eRoaming Modelle verfolgt oder realisiert werden.
 - 5.4 Welche europäischen und nationalen Fördermöglichkeiten bereits in Anspruch genommen wurden und welche noch abrufbar sind? Wie im E-Mobilitätskonzepts der Stadt Wiesbaden geschildert, sollten dabei solche Möglichkeiten der Förderung besser kommuniziert werden. Die LH Wiesbaden kann hierbei als Vermittler tätig werden.
6. Eine Aktualisierung des Elektromobilitätskonzepts der Landeshauptstadt zu veranlassen.

¹ https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/umwelt-naturschutz/Druckversion_E-Mobilitaetskonzept.pdf

² https://merkurist.de/wiesbaden/elektromobilitaet-wiesbaden-ist-elektroauto-hochburg_XqV

³ https://www.now-gmbh.de/wp-content/uploads/2020/11/Studie_Ladeinfrastruktur-nach-2025-2.pdf

⁴ <https://www.vda.de/de/themen/elektromobilitaet/ladenetz-ranking>

⁵ <https://www.zeit.de/news/2022-04/21/studie-ladepunkte-fuer-e-autos-staerker-konzentrieren>

⁶ https://www.wiesbaden.de/medien-zentral/dok/leben/umwelt-naturschutz/Druckversion_E-Mobilitaetskonzept.pdf

9. 22-F-10-0008

Parksituation in der Krenzstraße und der Weihergasse
- Antrag der Fraktion AfD vom 03.05.2022 -

Die Anwohner der Einbahnstraßen Krenzstraße und Weihergasse im Stadtteil Biebrich parken seit Jahren beidseitig hälftig auf dem Gehweg. Aufgrund dessen, dass der Bedarf an Parkplätzen dort höher ist als das Angebot, ist eine beidseitige Nutzung unbedingt erforderlich. Durch hälftiges Parken auf dem 2,10m breiten Gehweg, verbleibt noch eine nutzbare Gehwegbreite von 1,20m und eine nutzbare Fahrbahnbreite von 3,80m. Obwohl das Parken auf Gehwegen nicht erlaubt ist, wurde die Praxis in der Krenzstraße und in der Weihergasse vom Ordnungsamt bis vor kurzem geduldet. Plötzlich und ohne Vorwarnung werden nun seit Februar

2022 Bußgelder von jeweils 55 EUR erhoben. Die Anwohner wurden durch diese Kehrtwende völlig überrascht. Es sind hunderte Anwohner betroffen, ohne dass sie eine Ausweichmöglichkeit haben.

Da auch auf absehbare Zeit keine anderen Parkplätze für die Anwohner zur Verfügung stehen werden, sollte eine unkomplizierte Lösung gefunden werden, wie beispielsweise die amtliche Erlaubnis zum beidseitigen Parken auf dem Gehweg wie bisher.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,
die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,
der Magistrat wird gebeten, mit dem Ortsbeirat Biebrich kurzfristig - spätestens aber bis Ende Juni 2022 - eine Lösung für die Parkplatzprobleme der Anwohner der Kreitzstraße und der Weihergasse zu erarbeiten. Das Ergebnis soll dem Ausschuss für Mobilität in der Sitzung am 30. Juni 2022 präsentiert werden.

10. 22-F-65-0007

Fahrradverkehr in der Rheinstraße

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG und FW/Pro Auto vom 04.05.2022 -

Gerade zu Stoßzeiten kann die Verkehrssituation auf der Rheinstraße schnell zu chaotischen Fahr- und Parkmanövern führen. Insbesondere für Fahrradfahrer kann dies sehr gefährlich werden, weil die Radinfrastruktur dort nur zu einem Bruchteil geschaffen wurde. Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen und den Radverkehr von der Straße zu holen, soll daher der Mittelstreifen der Rheinstraße von der Wilhelmstraße bis zur Ringkirche zum Radweg umgestaltet werden.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. welche Maßnahmen zur Erhöhung der Radverkehrssicherheit in der Rheinstraße geplant sind und welche sonstigen baulichen Maßnahmen nach aktuellen Planungen an dieser Stelle durchgeführt werden sollen.
2. warum anstelle des Mittelstreifens bisher die dritte Spur der Fahrbahn für einen Radweg bevorzugt wurde.
3. wie hoch die Kosten eines Umbaus des Mittelstreifens im Vergleich zu Errichtung zweier Radwege auf den jeweils dritten Spuren beider Fahrrichtungen wären.
4. inwieweit der Fahrradverkehr komplett von der Straße auf den Mittelstreifen geholt werden kann und der Mittelstreifen, ähnlich wie auf dem ersten Ring, zu einem durchgehend befahrbaren Radweg mit Straßenkreuzungen umgestaltet werden kann.

11. 22-F-16-0004

Zwischenbericht zum Projekt Brennstoffzellenbusse

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 03.05.2022 -

ESWE Verkehr bezeichnet sich selbst als umfassender Mobilitätsdienstleister, der das Ziel eines komplett emissionsfreien ÖPNV verfolgt. Die Brennstoffzellentechnik unter Verwendung von „grünem“ Wasserstoff sei dabei ein zentraler Baustein, um die Luft- und auch die Lebensqualität in Wiesbaden zu verbessern, so ESWE Verkehr.

Da Elektrobusse offenbar nicht in allen Punkten vorhandene Dieselbusse ersetzen können wurde beschlossen auch einige Brennstoffzellenbusse in Wiesbaden in Betrieb zu nehmen. Nach einigen Schwierigkeiten mit der Lieferung hat ESWE Verkehr nun seit Ende 2021 zehn dieser Busse im Einsatz.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird um einen

Zwischenbericht über den aktuellen Stand des Projektes Brennstoffzellenbusse bei ESWE Verkehr gebeten.

Der Bericht sollte u.a. auf folgende Punkte eingehen:

- Bisheriger Ablauf, aktueller Stand
 - Gesamtinvestition (Tankstelle, Fahrzeuge, Sonstiges, erhaltene Fördermittel)
 - Ergebnis der Fahrzeug-Ausschreibung im Jahr 2020 (Anzahl und Qualität der Angebote, Lieferzeiten, Preisbandbreite)
 - Kosten und Nutzen des laufenden Betriebs
 - Akzeptanz der Busse bei Fahrgästen, Fahrpersonal und Werkstatt
 - Kapazität der Tankstelle, Reichweiten, Einsatzplanung, Wechselwirkungen
 - Erfahrungen anderer Verkehrsbetriebe
 - Risiken (Brand, Explosion), Chancen, vorläufiges Fazit, Zukunftsaussichten des Projekts
- Wenn möglich sollte jeweils ein Vergleich mit Diesel- und Elektrobussen gemacht werden.

12. 22-F-40-0001

Tempo 100 km/h auf allen innerstädtischen Verkehrswegen - „Wer bremst verliert!“

-Antrag des Stadtverordneten Lukas Haker vom 04.05.2022-

Nachdem immer mehr Tempolimits in den Straßen der schönen Landeshauptstadt Wiesbaden empor springen, ist es an der Zeit ein einheitliches Tempo zu finden.

Hiermit soll aber keinesfalls eine Benachteiligung oder erhöhte Gefahr von Fahrradfahrer*innen oder Fußgänger*innen entstehen.

Alle sollen sich gleichberechtigt und im gleichen Tempo fortbewegen.

Für ein zügiges Vorankommen, bietet sich hierfür eindeutig und zweifelsfrei das Tempo 100 km/h an.

Daher appelliert der Ausschuss an den Oberbürgermeister:

Die Umsetzung eines verpflichtenden Tempos 100km/h auf allen Verkehrswegen in der LHW zu forcieren.

13. 22-F-40-0002

Wirkungsvoller Schutz der Fahrradstreifen

-Antrag des Stadtverordneten Lukas Haker vom 04.05.2022-

In der LHW gibt es mittlerweile verschiedene Varianten von „Protected Bike Lanes“.

So sollen bisher die Autofahrer*innen durch kleine, flache Barrieren am Fahrbahnrand davon abgehalten werden, die Fahrradspur zu befahren. Eine zweite Variante sind Plastikpoller, welche leicht zu durchfahren sind.

Eine wirklich wirkungsvolle Variante konnte, auf Grund der großen Kreativität, Neugier und des unersättlichen Platzbedarfes der Autofahrer*innen, bisher nicht gefunden werden.

Um dem ein Ende zu setzen muss jetzt ein wirkungsvoller Schutz der Fahrradfahrer*innen her.

Ein erster Versuch soll so schnell wie möglich folgendermaßen gestartet werden: Wir wollen lange Nagelbretter im Fahrbahnrand, um die Autospur von der Fahrradspur zu trennen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge:

Grundsätzlich alle Fahrradspuren in der Landeshauptstadt Wiesbaden mit Nagelbrettern als „Protected Bike Lanes“ ausstatten.

14. 22-A-81-0001

Gedankenanstoß für bessere Anbindung der "Kunst&Kulturmeile" und Einführung einer Ring-Buslinie um das Stadtzentrum

Beschluss des Ortsbeirats Wiesbaden Südost vom 17.03.2022:

1. Der Ortsbeirat bitten den Magistrat zu prüfen, ob die vom Verein Wiesbaden neu bewegen e.V. vorgeschlagene Kunst&Kultur-Ringbuslinie eingerichtet werden kann.
2. Der Ortsbeirat gibt die Eingabe an den Ausschuss für Mobilität zur weiteren Beratung und Beschlussfassung weiter.

ANLAGE

15. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 20-F-05-0063

DL 14/21-1

Bürgerentscheid umsetzen - Citybahn GmbH abwickeln - Neustart für die Verkehrspolitik
- Antrag der FDP-Fraktion vom 03.11.2020 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 21.04.2022

2. 20-F-29-0006

Anforderung eines Reports der bisher umgesetzten Maßnahmen aus dem Luftreinhalteplan
- Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 25.11.2020 -
-Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 10.05.2022-

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 26.04.2022

3. 21-F-02-0006

Anpassung von verkehrlichen Maßnahmen
- Antrag der CDU Fraktion vom 08.09.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 11.03.2022

4. 21-F-22-0029

Sondernutzungen von Sharing-Angeboten

- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 24.11.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 11.03.2022

5. 21-F-63-0020

Verbindliche Regelungen für E-Scooter

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 27.02.2022

6. 21-F-63-0056

Digitalisierung von Bußgeldbescheiden vorantreiben - Prozess vereinfachen und beschleunigen

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 22.11.2021 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 16.03.2022

7. 22-F-63-0005

DL 14/22-1

Mosbacher Straße zur Fahrradstraße umwandeln

-Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke-

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 21.04.2022

8. 22-F-63-0009

Fahrradparkplätze effektiver freihalten

-Antrag der Fraktionen SPD, Grüne, die Linke und Volt vom 19.01.2022-

Fahrradparkplätze effektiver freihalten

ANLAGE: Bericht von Dezernat V vom 16.03.2022

9. 22-V-66-0203

DL 13/22-17

Öffentliche Straßenbeleuchtung, Straßenbeleuchtungsanlagen Neu- und Ersatzbeschaffung in Wiesbaden 2022 und 2023

10. 22-V-66-0206

DL 13/22-18

Kaiserbrücke - Auffahrtsspindel für den Radverkehr, Ergebnisse Plausibilitätsprüfung

11. 22-V-66-0210

DL 13/22-19

Wiesbadener Straße - Einrichtung eines Fahrbahnteilers

12. 22-V-66-0215 **DL 14/22-12**

Carsharing - Finanzierung der Markierung und Beschilderung

13. 22-V-66-0302 **DL 13/22-20**

Grundhafte Erneuerung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden und AKK

14. 22-V-66-0303 **DL 14/22-14**

Bericht über die Ausgabe- und Einnahmesituation Instandhaltung Verkehrsflächen 4. Quartal

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft
Vorsitzender